

Pulsnitzer Tageblatt

Kernspracher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Abgesehen 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pp: Die 41 mm breite Zeile (Koffe's Zellenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pp, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pp; amtlich 1 mm
30 Pp und 24 Pp; Kellame 25 Pp. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretinig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. F. Bräuer & Co. (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 82

Montag, den 7. April 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Gott-
hold Seifert, mech. Weberei in Bretinig Nr. 12 wird aufgehoben, nachdem der im Vergleichs-
termin vom 22. Februar 1930 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom
22. Februar 1930 bestätigt worden ist.

Amtsgericht Pulsnitz, am 4. April 1930

Ueber das Vermögen des Fabrikbesizers Johannes Bursche, Inhabers der Firma
J. G. Bursche, mechanische Weberei von Segeltuchen und verwandten Geweben, Im-
prägnieranstalt, Färberei und Bleicherei in Pulsnitz, Gartenstraße 1 wird heute am
5. April 1930 das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Kessler in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 24. April 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden-
falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der
angemeldeten Forderungen auf

den 2. Mai 1930, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas
schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz
der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht,
dem Konkursverwalter bis zum 24. April 1930 anzeigen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 5. April 1930.

Das Wichtigste

Bei einer neuen Inventur im Archiv des Konservatoriums des Stier-
märkischen Musikvereins wurde, wie die „Montagspost“ aus Wien
meldet, von Kapellmeister Seig ein unbekanntes Ballett von Mozart,
das aus dem Jahre 1791 stammt, aufgefunden.

Die Reichsregierung hat der schwedischen Regierung telegraphisch das
Beileid zum Tode der Königin Viktoria übermittelt.

Der ehemalige preussische Kultusminister Dr. Beder ist zum ordent-
lichen Professor für Islamwissenschaften an der Berliner Universität
ernannt worden.

Der im Tarifstreit bei der Reichsbahn gefällte Schiedsspruch ist von
beiden Parteien angenommen worden.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Jugendveranlagungsprüfung.)
Zu der am vergangenen Sonntag stattgefundenen von der
Ortsgruppe Pulsnitz im Verein für deutsche Schäferhunde
(SV) veranstalteten Jugendveranlagungsprüfung waren 6 Schä-
ferhunde und 3 Boxer insgesamt also 9 Hunde der Polizeihund-
Rasse gemeldet und dem Richter vorgeführt worden.
Nach beendeter Prüfung konnte der Preisrichter 5 mal Vor-
züglich und 4 mal Ungenügend vergeben und zwar: a) Schä-
ferhunde. Carl v. Rietschelhaus 394399, Besitzer: P. Nafe,
Pulsnitz N. S., Führer: K. Geiner, daselbst (vorzüglich),
Förg v. Rietschelhaus 394401, Besitzer: M. Schmidt, Pulsnitz,
Führer: derselbe (vorzüglich), Jodel v. Rietschelhaus 394402,
Besitzer: W. Guhr, Pulsnitz, Führer: G. Dietrich, daselbst
(vorzüglich), Sutta v. Rietschelhaus 394403, Besitzer: W. Freun-
denberg, Pulsnitz N. S., Führer: derselbe (vorzüglich), Argos
v. Charlottengrund 395400, Besitzer: F. Stolz, Radeberg,
Führer: W. Lehmann, daselbst (vorzüglich), Setto v. Rietschel-
haus 394440, Besitzer: R. Schöne, Bichtenberg, Führer:
derselbe (ungenügend), b) Boxer: Bea v. Heidehof 23209,
Besitzer: Richard Kliemann, Radeberg, Führer: derselbe
(ungenügend), Nero v. Heidehof 23206, Besitzer: A. Pfeifel,
Radeberg, Führer: derselbe (ungenügend), Anfi v. Heidehof
23211, Besitzer: A. Kliemann, Radeberg, Führer: derselbe
(ungenügend). Für die Boxer ist die neue Prüfungsordnung
eine Härte, da diese Rasse in dem vorgeschriebenen Alter in
der Veranlagung noch nicht soweit entwickelt ist, als die
Schäferhunde. Ein weiterer Fortschritt der Ortsgruppe
Pulsnitz. Gut Nacht!

(Erleichterung der Wohnungsbaufinan-
zierung. — Verbilligung der Neubaumieten
1930.) Der neueste Wochenbericht des Instituts für Kon-
junkturforschung stellt fest, daß die Flüssigkeit auf dem Geld-
markt nunmehr die Entspannung auf dem Kapitalmarkt be-
schleunigt hat, die zu einer Erleichterung der Beschaffung
von Hypotheken für den Wohnungsbau führen wird. Dagegen
dürften die Wohnungsbauzwischenkredite, die im Vorjahr
stark ausgedehnt worden sind, verringert werden. Große
Teile der Zwischenkredite — so z. B. 120 Millionen RM.
Reichszwischenkredit — können nicht mehr ausgeliehen werden.
Die Verbilligung der Wohnungsbauzwischenkredite, deren
gegenwärtige Kosten etwa 9,3 v. H. pro anno gegenüber
10,88 v. H. im Durchschnitt des letzten Vierteljahrs 1929
sind, und die Heraushebung des Auszahlungslurses bei Hypo-
theken werden die Zinsbelastung der künftigen Wohnungs-
neubauten verringern und somit die Mieten für solche Woh-
nungen verbilligen. Wie 1929 so ist auch 1930 mit einer
Verstärkung der Belegung von Kleinwohnungen zu rechnen.
— (Der Urlaubsanspruch von Angestell-
ten bleibt bei eigener Kündigung oder frist-
loser Entlassung bestehen.) Hat ein Arbeitnehmer

Kabinett Brüning fordert baldige Klarheit!

Der Reichstag soll in dieser Woche unbedingt über die Steuer-Gesetze eine Entscheidung treffen

Brüning an die Zentrumsführer — Gründungsstundgebung der Volksnationalen Reichsvereinigung
Die Räumungsfrist läuft noch nicht — Die chinesischen Nordprovinzen erklären sich selbständig

Das Reichskabinett will auf Grund des Beschlusses, der
noch in der vorigen Woche gefaßt wurde, spätestens bis Ende
dieser Woche darüber Klarheit haben, ob eine Mehrheit für
das Finanz- und Steuerprogramm der Regierung im jetzigen
Reichstag zu finden ist. Das Kabinett Brüning hat die
Veränderungsvorschläge, die aus den Reihen der Regierungs-
parteien kamen, abgelehnt. Reichszentraler Brüning be-
absichtigt, das Finanz- und Steuerprogramm in fast un-
geänderter Form, so wie es im Kabinett Müller aufgestellt
war, dem Reichstag vorzulegen.

Bei den Finanzverhandlungen der Fraktionsführer hatte
die Wirtschaftspartei eine Sonderbesteue-
rung der Unternehmer gefordert, die jährlich
mehr als eine Million umfassen, also eine sogenannte Waren-
haussteuer verlangt. Diese Forderung ist abgelehnt worden,
da sich die Deutsche Volkspartei und die Demo-
kraten gegen den Plan einer Warenhaussteuer ausgesprochen.
Die Regierung Brüning scheint zu beabsichtigen, zuerst das
Steuerprogramm im Reichstag durchzubringen und erst
danach das Agrar- und Ostprogramm. Die Parteien des
Reichstages sollen so vor die Entscheidung gestellt werden:
ohne Steuerprogramm kein Ostprogramm.
Je nachdem wie sich die Parteien des Reichstages zu den
Gesetzesvorlagen der Reichsregierung einstellen werden,
ist die Auflösung des Reichstages wieder in den Bereich der
Möglichkeit gerückt. Das Kabinett hält an der 75prozentigen
Erhöhung der Biersteuer fest. Der Reichsfinanzminister
Dr. Schäkel von der Bayerischen Volkspartei hat gegen
diesen Beschluß des Kabinetts in der betreffenden Sitzung
seinen nachdrücklichsten Widerspruch geltend gemacht. Durch
die 75prozentige Erhöhung der Biersteuer sind die Pläne,
eine gewisse Erhöhung der Umsatzsteuer vorzunehmen, end-
gültig fallengelassen worden.

Bei den Finanzverhandlungen trat die Absicht des
Reichsfinanzministers deutlich hervor,
das Defizit des Reichshaushalts für 1930 auf jeden Fall
zu beseitigen.

das von ihm auf 315 Millionen Mark geschätzt wird. Nach
einer parteiunabhängigen Auslassung der De-
mokraten haben sich die Demokraten gegenüber der
Deckungsvorlage des Reichsfinanzministers völlig freie Hand
vorbehalten.

Weiterberatung der Deckungsvorlagen im Steuerausschuß.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte
die Aussprache über die Deckungsvorlagen der Regierung
fort. Dem Ausschuß ist der Initiativantrag der Regierungs-
parteien zugegangen, der durch einen Gesetzentwurf die
Tabak- und Zuckersteuer ändern will.

Zunächst teilte Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer
mit, daß das Kabinett die Vorlagen über den Finanzausgleich
und die Reichsfinanzreform verabschiedet habe. Die Vorlagen
seien den Mitgliedern des Steuerausschusses zugegangen. Bei der
Arbeitslosenversicherung habe die Regierung von einer Doppel-
vorlage abgesehen. Die Vorlage enthalte daher das Kompromiß
der früheren Regierungsparteien nicht. Dieses Kompromiß müsse
durch besonderen Antrag aufgenommen werden. Die Vorlage sehe
die Schaffung eines Notfonds aus Mitteln der Industriebelastung
vor. Sie enthalte ferner die grundsätzlichen Bestimmungen über
die Ausgabenersparnisse und Steuerentzungen. Dagegen werde
der Entwurf über die Senkung der Einkommensteuer nicht vor-
gelegt, weil er vom Reichstag zurückgestellt worden sei und sich

die Regierungsparteien inzwischen über den Entwurf über Sen-
kung der Gewerbesteuer verständigt hätten.

Es folgte eine Rede Dr. Grolachers (Bayr. L. P.), der
klar erklärte, daß seine Fraktion an der Lösung mitzuarbeiten
bereit sei, aber nur dann, wenn sie erträglich wäre. Er bekämpfte
scharf die Biersteuererhöhung und richtete an die 34 Reichstags-
abgeordneten, die außer den 17 Abgeordneten der Bayerischen
Volkspartei in Bayern gewählt seien, den Appell, sie sollten nicht
vergessen, was sie dem bayerischen Volke schuldig seien. Der
Redner machte Ersparnisvorschläge, vor allem eine Erhöhung der
Umsatzsteuer bestimmter Größenklassen. Er verlangte vor allem
eine Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die Einfuhr von Süd-
früchten.

Auch der Reichsfinanzminister nahm noch einmal
das Wort, um die Biersteuer zu verteidigen, und meinte, daß
die Belastung einzelner Einfuhrartikel mit der Umsatzsteuer die
Handelspolitik erschüttern müsse. Die höheren Ueberweisungen
auf der Grundlage des Finanzausgleichs sowie die bedeutend
geringere Belastung an anderen Steuern dürfe rechtfertigen, daß
die bayerische Bevölkerung eine kleinere Mehrbelastung durch die
Biersteuererhöhung vertragen werde.

Nach dieser Rede fragte Dr. Rademacher (DnatII), ob
dann die hinter der Regierung stehenden Parteien die Deckungs-
vorlagen gemeinsam vertreten könnten. Als auch die Kommuni-
stischen eine ähnliche Frage an den Reichsfinanzminister richteten,
antwortete Dr. Molkenhauer: „Warum zerbricht sich denn
die Opposition den Kopf, woher ich meine Stimmen lerne?“
Dr. Neubauer (Komm.) wandte sich darauf an Dr. Rademacher
und behauptete, er habe ganz anders gesprochen als Herr Hugen-
berg. Der habe es peinlich vermieden, über die Annahme oder
Ablehnung zu reden. Dr. Rademacher antwortete ihm: „Das
sagen wir erst in der Schlußabstimmung.“ Dr. Neubauer betonte
dann, daß die Sozialdemokraten nicht darüber hinwegkämen, daß
sie den einzelnen Verbrauchssteuern schon zugestimmt hatten, als
sie aus der Regierung herausflogen. Die Kommunisten würden
die Sozialdemokraten vor die Entscheidung stellen, ob sie die
Stahlschmelzwerke Brüning stützen wollten oder nicht.

Abg. Collofer (L. P.) betonte gegenüber den Regierungs-
parteien, daß sich die Wirtschaftspartei das Gesetz des Handels
nicht von anderer Seite vorschreiben lasse. Nicht nur die augen-
blickliche Pleite müsse überwunden werden, auch die übrigen Vor-
lagen zur Finanzreform müßten schleunigst dem Reichstag zu-
gehen. Dann werde sich die Wirtschaftspartei über das Gesamt-
programm entscheiden. Sie halte an der Ablehnung der Bier-
steuervorlage fest.

Abg. Freiherr von Richthofen (DnatI) fragte, was
man mit einem Gerstenzoll anfangen solle, dessen Wirkung sofort
durch eine erhöhte Biersteuer wieder aufgehoben würde. Die
D. N. B. W. werde die Biersteuer ablehnen. Wenn der Minister
von ausländischen Beschwerden über unsere angeblich zu niedrigen
Alkoholsteuern spräche, dann gehe daraus hervor, daß wir vom
Ausland auch innerpolitisch geführt werden. Beim Spiritus habe
es sich gezeigt, wie die Steuer den Konsum verminderte. Ein-
nahmen könnten wir erzielen, wenn die Umsatzsteuer für den
Verkauf ausländischer Produkte gerecht gestaltet werde.

Im weiteren Verlaufe des Steuerausschusses haben der
Vertreter der Christlich-nationalen Bauern und der Vertreter der
Deutschen Bauernpartei ebenfalls die Biersteuererhöhung abge-
lehnt. Die Sozialdemokratie ließ erklären, daß sie auch
jetzt gegen die Biersteuererhöhung die schwersten Bedenken habe.
Der Reichsfinanzminister erklärte darauf, daß er ohne
die Bewilligung der Steuern vor Ostern keine Garantie für die
Sicherung der Rassenlage des Reiches Ende April und vor allem
Ende Juni übernehmen könne. Der Ausschuß verlangte darauf
vom Reichsfinanzminister eine Aufstellung über die Rassenlage
des Reiches, über die in dieser Woche verhandelt werden soll.

